

halten, wenn wir frastvoll einsehen für das, was wir in schwerer Zeit uns errungen haben, wenn wir die Regierung unseres Kaiserreiches des Einflusses und des Ansehens nicht selbst entkleiden, die sie sich in der ganzen Welt erworben hat. Daraum, lieber Wähler, kannst Du, auch wenn Du die Dinge von der wirtschaftlichen Seite betrachtest, nicht zweifelhaft darüber sein, daß Deine Stimme nicht geben kannst den Kandidaten von Parteien, die den offenen Kampf gegen Reich oder Reichsregierung auf ihre Fahne geschrieben haben, sondern nur unserem bewährten Vertreter.

Vizebürgermeister a. D. Dr. Stephani.

Gegen die Socialdemokratie.

Ein Wort zur Wahl.

Drei Kandidaten sind in unserer Stadt aufgestellt worden für die heutige Reichstagswahl.

Da ist, um mit dem Neuesten anzufangen, zuerst eine kleine Partei, welche sich erst seit kurzem hier aufgetan hat und nun mit all ihrer Kraft vom „Beraus“ der nationalliberalen Partei bei der Verhandlung über die Justizgesetze schreit, um Capital daraus zu schlagen für ihren „Gefinnungstreuen“, „mannesmuthigen“ Kandidaten, als wenn Ruth dazu gehörte, irgend wie abzustimmen, wo man völlige Freiheit der Abstimmung hat, und als ob es die beste Gefinnung wäre, nur seine Meinung durchsetzen zu wollen auf Kosten einer großen Errungenschaft für die ganze Nation. Und man frage doch in den großen Kreisen der Wähler, um was es sich bei dem Kompromiß wegen der Justizgesetze gehandelt hat, die Wenigsten wissen es.

Diese Kandidatur hält nur den Erfolg haben, eine Anzahl Stimmen der liberalen Parteien auf sich zu ziehen und so den Socialdemokraten den Weg zu einer Stichwahl zu ebnen.

Diese letztere Partei arbeitet mit allen Kräften in den Kreisen, welche ihrer Bildungsklasse nach den Einstellungen derselben zugänglich sind. Mit geschickter Berechnung der Verhältnisse willt man auf die Kreise der Arbeiter, der kleinen Beamten, der Angestellten und aller Derer, die sich in ihren Verhältnissen befreit fühlen, die sich freuen, wenn herrschende Zustände und hervorragende Personen in den Staub getreten werden, die es für Ruth halten, Alles zu bemühen und zu verhindern, was sich im Laufe der Zeiten geschichtlich herangereift hat und die den Versprechungen Glauben schenken, nach welchen in Zukunft ein Jeder mit gleichem Maße das Glück der Erde zu erhalten soll. Und da dieses Publikum leider immer ein äußerst zahlreiches ist, so sind die Erfolge der Socialdemokraten eindrücklich.

Au Geschick und Unverkennbarkeit fehlt es ihnen nicht, aber eben nur jenen Kreisen gegenüber, die sie wie eine Herde, einer schlauen Hierarchie nachahmend, nach den Wahlstätten zu treiben verstehen.

Hätten jene Kreise mehr Bildung und Urtheilsfähigkeit, so würden sie erkennen, daß die sozialen Ziele der Socialdemokraten eitel Wind und Unsun sind; daß sie nie erreichbar sind, so lange der Mensch ein Mensch bleibt, und daß sie, wirklich zu Stande gebracht, das Bild eines großen Universalbuchhauses ergeben würden, in dem Jeder sein Pensum an Arbeit leisten müßte und sein Theil an Futter dafür erhalten würde. Kein vernünftiger Mensch glaubt, daß sich die Menschheit zu einem solchen Zustande der Auctiarbeit und Stallfütterung herabwürdigen lassen wird, in dem jede Individualität von vorn herein zu Grunde gerichtet wird und jedes Vorwärtsgehen der Menschheit ausgeschlossen bleiben müßte.

Das wissen auch die Wacker der Socialisten ganz gut, ihnen ist es vor Allem um die politische Seite der Sache zu thun. Sie wollen berücksichtigen, sie wollen erhoben werden auf die Schultern der Massen und von ihnen die Macht leihen, die zu ihren Plänen erforderlich ist.

Wenn aber den Plänen der Socialisten kein Erfolg, auch in Jahrhunderten, bevorstehen kann, Erfolge haben sie doch! Worin dieselben bestehen, diese Frage ist leicht zu beantworten. Sie führen Unzufriedenheit in die Reihen der Arbeiter und aller Derer, die da meinen, es gebe ihnen nicht wohl genug auf Erden; sie schaffen Zwietrot zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, zwischen dem Peßler und dem Arbeitgeber, indem sie den Glauben verbreiten, daß jeder Arbeitgeber die Arbeiter schändet und nur zu seinem Vorteile ausnutzt; sie schaffen in Folge dessen faule Arbeiter, die mit Unlust arbeiten, und haben es dadurch gebracht, daß die Geschäftlichkeit der Arbeiter in Rückgang gekommen ist; sie haben dem Klein-Gewerbe, dem sie fügen Honig um die Lippen streichen, wenn es gilt, die Industrie zu verläßeln, dadurch den empfindlichsten Stoß gegeben, daß sie ihm den Arbeiter arbeitsunfähig, ungeschickt und anmaßend gemacht haben. Das sind die Erfolge der Socialdemokraten und sie sind gerade groß genug und in so hohem Grade unheilvoll, daß es Zeit ist, ihnen mit aller Kraft entgegen zu treten.

Und nun sollen wir in Leipzig dulden, daß ein Mann wie Bebel gewählt werde oder doch so viel Stimmen erhalte, um zu einer Stichwahl zu gelangen, ein Mann, der vorwiegend die sozialistische Partei leitet und der seine unlesbar großen Gaben dazu verwendet, seine oben besprochenen bedauernswerteten Erfolge zu erläutern.

Nein, Dem muß entgegengewirkt werden mit aller Kraft. Der Kampf muß aufgenommen werden gegen die Socialdemokratie auf der ganzen Linie. Es ist hohe Zeit, dem festen Willen Ausdruck zu geben, daß

Bildung und Intelligenz im Staate herrschen sollen und nicht die rohe Masse, geführt von ehrgeizigen Phrasenmachern.

Wegen alle Wähler, denen diese Parole aus dem Herzen gesprochen ist, am heutigen Wahltag eingehalten sein, worum es sich handelt. Es gilt, ein Princip zu wahren, es gilt, gegen die Socialdemokratie sich zu erklären und gegen ihre Erfolge!

Nie wird ein Kandidat Allen recht sein, möge aber jeder bedenken, daß es sich nicht um kleinliche Wahlen, sondern um einen Grundsatz handelt. Wenn auch mancher Wähler aus irgend welchem Grunde nicht ganz einverstanden ist mit dem von der liberalen Partei aufgestellten Kandidaten, er mag bedenken, daß es gilt, eine Stichwahl mit dem socialdemokratischen Kandidaten zu verhindern, und Stephani wählen.

Wegen vor Allem die Gewerbetreibenden, welche den Segen der socialdemokratischen Wählerreien schon allzu lange genossen haben, Mann für Mann zur Wahlurne eilen und Stephani wählen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 9. Januar.

Die „Berliner autographierte Correspondenz“ schreibt: „Zu den Urnen, nationalliberale Wähler! Die Aufregung, welche durch das sehnliche Vorgehen der Fortschrittspartei gegen die Nationalliberalen in einer großen Zahl Wahlkreise von außen her hineingetragen worden ist, führt es mit sich, daß die Reichstagswahl dieses Mal unter wesentlich anderen Bedingungen als im Jahre 1874 vor sich gehen werden. Wie Hag und Born in möglichst Ausfällen sich Lust machen, da ist wenig Raum für die lädierte Berechnung der Chancen; da ist ein planmäßiges Vorgehen absolut unmöglich gemacht. Es verteilt sich von selbst, daß dieses für uns nun nicht die Bedeutung haben kann, daß gemeinsame fachliche Interesse irgendwie hinauszuschieben. Selbst das entschiedenste Unrecht auf der andern Seite würde denselben Fehler auf unserer Seite nicht entkräften. Es bleibt nach wie vor die Pflicht unserer Parteigenossen, mit Eifer daran zu trachten, daß dem politischen Schicksal der liberalen Partei überhaupt kein Übruck geschehe.“

Wann es nicht möglich ist, einen Kandidaten der eigenen Partei durchzusetzen, so wird dadurch zu wirken sein, daß Kandidaten solcher Richtungen, die der nationalliberalen am nächsten stehen, aus der entscheidenden Wahl hervorgehen, daß der Sieg von Kandidaten solcher Parteien verhindert wird, welche von uns unter allen Umständen zu bekämpfen sind. Dazu ist notwendig, daß alle nationalliberalen Wähler sich am Wahlact beteiligen. Der Hauptfeind unserer Sache ist die Gleichgültigkeit, das Nicht-Erscheinen der Wähler unserer Partei am Wahltermin. Nicht allein würde dadurch unser Interesse an der Wahl selbst geschädigt werden, sondern es würde auch bei den späteren Feststellung der Belebung der Wähler an dem Wahlact die Gesammlung der Stimmen, welche für nationalliberale Kandidaten in die Urnen fallen sind, einem Aufschlag erleidet, aus welchem bei der Berechnung des Schwergewichtes der Parteien im gefüllten Reichs- und nachtheiligen Schlüsse gezogen werden würden. Rücksicht also, ihr nationalliberalen Wähler, legt in allen Wahlkreisen, auch wo gar keine Aussichten auf die Durchsetzung eigener Kandidaten vorhanden sind, am 10. Jan. Mann für Mann eure Stimmen in die Urnen; erst recht aber da, wo die Wahl eines Parteigenossen gefährdet erscheint und wo viele von euch aus diesem Grunde vielleicht den Gang ins Wahllocal nicht nötig zu haben glauben. Wir haben es vor 3 Jahren erlebt, daß in einzelnen Wahlkreisen, wo der Sieg des ultramontanen Kandidaten absolut gefischt war, doch über 19,000 Stimmen für denselben in die Urnen fielen, während 3000 reichlich genug hätten, ihn als den gewählten Amtsinhaber erscheinen zu lassen! Auch vom Feinde soll man lernen. Ihr nationalliberalen Wähler also insgesamt regt Fuß und Hand am 10. Januar, damit man euch nicht hinterher der Gleichgültigkeit gegen die Vertreter eurer Überzeugung zeige.“

Freiherr v. Stauffenberg hat in einer Münchener Versammlung seinen Wählern zugetragen: „Wenn Sie mich für einen ehrlichen Mann halten, so wählen Sie mich.“ Darauf schlägt die radikale Kohorte einen ungeheuren Sturm. Davor hüten diese weise ansonsten Aufrührer sich freilich, einem Stauffenberg nachzutragen, daß er bei der Abstimmung über die Justizgefechte nicht als ehrlicher Mann gehandhabt habe. Aber was man den Einzelnen vorwerfen nicht den Ruth hat, das schlägt man auf die Gesamtheit. Die nationalliberale Partei wird der politischen Ehrelichkeit bat erklärt. Es dürfte schwer sein, sich mit Demokraten nach dem Muster der „Frankfurter Zeitung“ über den Begriff der Ehrelichkeit zu verständigen; wir können nur sagen, daß die Männer, die einem Gebote ihres Gewissens folgend, das Kompromiß über die Justizgefechte annahmen, sich durch alles Geschimpfe von dieser Seite wohl an wenigen berührt fühlen werden. Interessant aber wäre es, von der „Frankfurter Zeitung“ zu erfahren, mit welchem moralischen Prädicat das Verhalten zu belegen ist, welches ihre eigenen Parteigenossen in München den Wählen gegenüber beobachten. Die Münchener Volkspartei hat nämlich beschlossen, einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen, aber ihre Mitglieder dringend zu ermahnen, für den Kandidaten einer andern Partei zu stimmen, um den Nationalliberalen möglichst zu schaden. Die Auswahl der „anderen“ Partei bat man freigestellt. In Frage kommen nur die Socialdemokraten und die Ultramontanen. Die Volkspartei behauptet sonst, mit

der Socialdemokratie in den Fragen der staatsbürglichen Rechte zwar übereinzustimmen, ihre wirtschaftlichen Utopien aber, also die Hauptrichtlinie, prinzipiell zu bekämpfen. Was den Ultramontanismus anlangt, so röhrt sich die Volkspartei, der unversöhnliche Feind derselben zu sein. Trotzdem sieht sie jetzt alle Kraft doran, entweder dem sozialistischen oder dem ultramontanen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Ohne Zweifel ist das „politische Ehrelichkeit“!

Bei conservativer Seite ist der Vorschlag gemacht worden, daß in Berlin die Conservativen dem Kandidaten der Nationalliberalen, Herrn v. Forstner, ihre Stimmen geben sollten.

Die „Kreuzzeitung“ wider spricht diesen Vorschlag aus Lebhafteste und sieht ihrerseits

als Kandidaten für sämtliche Berliner Wahlkreise einen Grafen Bredow auf. „Eine Begegnung der Nationalliberalen“, meint sie,

welche in principielle Gegenseite zu den Grund

sätzen der conservativen Partei seien, würde für

leichter besonders gefährlich werden.“ Man kann den „Kreuzig.“ im Interesse der politischen Aufrichtigkeit für diese Erklärung nur dankbar sein.

für die Kandidatur Forstner könnten alle jene

gewünschten Elemente stimmen, welche die aus

der Reichsökonomie selbst mit logischer Noth-

wendigkeit sich ergebenden Aufgaben auf dem

Wege der Verständigung mit der Reichsregierung

zu lösen entschlossen sind. Diese angeblich conser-

ative Richtung, welche die „Kreuzig.“ vertreten,

ist dazu aber nicht entschlossen; sie steht viel-

mehr Vorbereitungen, welche wenigstens in ihren

weiteren Consequenzen, eine völlige Umgestaltung

der Grundlagen unseres nationalen Staatswesens

herbeiführen müßten. Mit Recht fühlt sich

daran die „Kreuzig.“ im principielle Gegen-

satz zur nationalliberalen Partei. Zugleich aber

bestätigt sie damit aus Reue, daß die von ihr

vertretene politische Richtung, unter dem Gesichtspunkte der Erfordernisse einer gefundenen Reichs-

politik betrachtet, nicht Conservatismus, sondern

Reaktion ist.

Die Wahlen zum deutschen Reichstag finden seit einiger Zeit eine lebhafte Beachtung in der Pariser Presse, namentlich seitweilen die

selben Elsaß-Lothringen betreffen. Die

französische Presse begnügt sich aber nicht mit

patriotischen Reflexionen, sie mischt sich direkt in

den Wahlkampf ein, somit in die inneren Angelehenheiten Deutschlands. Nicht allein unterstellt sie die Männer der Protestpartei, sie bekämpft sogar in längeren Artikeln die reichsfreundlichen Kandidaten, und speziell den Herrn

Schweigans, der im Sauerländer Kreise kandidiert,

als Ausgangspunkt nehmend, spricht sie von einem „wahrhaften Skandal“, von der „un-

verhüllten Freiheit“ solcher Wahlen von „Renegaten“ — denn „voter pour lui serait une trahison envers la patrie française!“ Über

den Frankfurter Frieden, einen seitlich sanctio-

nierten völkerrechtlichen Act, sieht man sich mit

größter Leichtigkeit hinweg, und unzweideutig tritt

dabei wieder einmal klar zu Tage, daß Frankreich

den geschaffenen status quo gar nicht als einen

definitiven anerkennt will, daß es ihn nur hin-

nimmt, weil es zu machtlos ist, ihn zu ändern.

Welchen Vorm würde man schlagen, wenn die

französische Presse das — allerdings kaum wahrscheinliche — Verlangen zeigen würde, direct Partei zu ergreifen in den französischen Parteien und Wahl-

kämpfen.

Bekanntlich haben fortschrittliche Blätter den

in Mühlhausen im Elsaß aufgestellten Reichs-

tagenkandidaten Döllns schon im Vorraus als

einen sehr schwächerwertigen Mitglied der Fortschritts-

partei begrüßt. Der Ruf, welchen das Mühl-

häuser Wahlkomite unter Zustimmung des Herrn

Döllns erläutert, saß nun u. A.: „Die Bedeutung

dieser Wahl wird seinem von Euch entgegen;

die gegenwärtige Lage von Europa gibt ihr eine ganz

charakteristische Bedeutung. Es ist unsere Pflicht,

entschlossen, gefeglich und unablässige jenes modernen

Recht zu fordern, welches jedem Volke die freie

Verfügung über seine Geschicke zugesetzt.“ Was

die gegenwärtige Lage von Europa“ und das

„Selbstbestimmungskreis der Völker“ im Munde

von notorisch französisch gesinnten Elsaßern zu

bedeuten hat, weiß Jedermann; nur die Organe der

„deutschen Fortschrittspartei“ scheinen sich in

der Beurteilung des reichsländischen Verhältnisses

einer Harmlosigkeit zu erfreuen, deren nähere Be-

zeichnung wir aus Höflichkeitssicht lieber

unterlassen wollen.

Das Befinden des Fürsten Bismarck,

welches in den letzten Wochen durchaus nicht ex-

pliziert war, hat sich zwar etwas gehebelt,

nötigt den Fürsten indessen noch, das Zimmer zu hüten

und sich strenger ärztlicher Pflege zu unterstellen.

Der ehemalige Präsident des Reichskanzleramtes,

Staatsminister Dölln, ist mit einem prächtigen

Album erfreut worden, daß ihm die Mit-

glieder des Bundesrates mit ihren Photogra-

phien überreicht haben. Eine Deputation, be-

stehend aus dem bayerischen Gesandten Freiherrn

Pergler v. Berglas, dem württembergischen Ge-

sandten Freiherrn v. Spizemberg, dem hanse-

<p